

SVP Stäfa gegen Steuererhöhungen

Die Mitgliederversammlung der SVP Stäfa hat sich nach Orientierung durch Schulpräsident, Bauvorstand der Schulgemeinde und Finanzvorsteher der Gemeinde fast einstimmig gegen die Erhöhung des Steuerfusses von je 4 Prozent bei der Schulgemeinde und der Politischen Gemeinde ausgesprochen.

Engagiert und kenntnisreich zeigten die geladenen Referenten Schulpräsident Jürg Meili (FDP), Bauvorstand Herbert Oberson (CVP) und Finanzvorsteher Simon Hämmerli (FDP) die finanzpolitischen Möglichkeiten, aber auch die Grenzen ihrer Behörden auf. Bei der Schulgemeinde waren es vor allem die Entwicklung der Schülerzahlen durch die rege Bautätigkeit, aber auch unumgängliche Restaurierungsarbeiten am Oberstufenschulhaus Obstgarten, welche Mehrkosten verursachen. Im Obstgarten kam es zu immer neuen negativen Überraschungen, welche den Bau gegenüber dem Voranschlag massiv verteuerten. Oberson, auch beruflich Bauspezialist, zog für die Zukunft die Lehre, keinen Generalunternehmer mehr zu berücksichtigen. Gemeinderat Simon Hämmerli verwies auf die hohen gebundenen Ausgaben durch gesetzliche Verpflichtungen, die ausserhalb des Einflusses der Gemeinde lägen. Stäfa könne sich aufgrund seiner Steuerkraft nicht mit Küsnacht, Herrliberg oder Meilen vergleichen, sondern müsse sich damit abfinden, nur etwa in der Liga von Horgen zu spielen. SVP-Präsident Kurt Zollinger verdankte die Information durch die Gastredner und entliess sie mit einer edlen Weinspende in den Feierabend.

Nicht immer noch mehr Mittel geben

Die anschliessende Diskussion über die Stäfner Finanzpolitik im Kreis der SVP-Mitglieder wurde lebhaft und äusserst kritisch geführt. Bald schon zeigte sich, dass die Anwesenden nicht bereit waren, den in der Vergangenheit allzu verschwenderischen Behörden immer mehr Mittel in die Hand zu geben. In den zurückliegenden wirtschaftlich guten Jahren sei nicht gespart, sondern vielmehr geprasst worden, und jetzt, wo schwierigere Zeiten anstehen, seien keinerlei Reserven vorhanden. Der sorglose Umgang mit Steuergeldern dürfe nicht auf dem Buckel der Steuerzahler nachträglich noch belohnt werden. Das behördliche Argument, die Stimmbürger hätten ja den Ausgaben jeweils zugestimmt, verfiel kaum, denn bei allen Ausgaben sei der Gemeinderat jeweils mit fliegenden Fahnen vorausgeeilt, etwa bei teuren Umzonungen, der Verhinderung von Bauten oder beim Kauf des Restaurants Froberg. Ein Antrag, zwecks besserer Chancen einem Kompromiss von je 2 Prozent

Steuererhöhungen zuzustimmen, unterlag klar. Eine grosse Mehrheit versagte den Anträgen von Politischer Gemeinde, Schulgemeinde und RPK die Unterstützung und sprach sich gegen jede Steuererhöhung aus. Um gleich entsprechende Zeichen des Sparwillens zu setzen, wurden die Zusatzkosten für den Busbetrieb abgelehnt. RPK-Mitglied Stephan Gafner versprach als Vorstandsmitglied des Vereins Volkshochschule Stäfa, dass der Verein gefragte Angebote anbiete und mittelfristig das Ziel anstrebe, selbsttragend zu werden.

Für weitere Zusammenarbeit mit der FDP

Die Versammlung besprach auch einen Antrag, ob die SVP künftig nicht besser im Alleingang politisieren solle, statt sich immer wieder vergeblich um die bürgerliche Zusammenarbeit zu bemühen. Veranlassung boten insbesondere die für die SVP enttäuschenden letzten Gemeinderatsersatzwahlen, aber auch die heute finanzpolitisch recht triste Lage von Stäfa, die keinesfalls die SVP verschulde. Dem wurde von Parteipräsident Zollinger, Nationalrat Christoph Mörgeli und weiteren Votanten entgegengehalten, es gebe keinen andern Weg als das oft mühsame Finden von Mehrheiten mit jenem Partner, der einem noch am nächsten stehe. Anerkennend wurde auch die gute Zusammenarbeit der Parteipräsiden von SVP und FDP gewürdigt und etwa das geglückte Verhindern des überdimensionierten Busbahnhofs, was ohne Unterstützung einiger prominenter Freisinniger kaum gelungen wäre.